





An die Stadtpräsidentin Frau Kathrin Oehme Rathaus Norderstedt Fraktionen der Stadtvertretung Norderstedt Rathausallee 62 22846 Norderstedt Telefon 040 53595 506 (SPD) Telefon 040 53595 507 (Grüne) Telefon 040 53595 663 (DIE LINKE.)

Norderstedt, 25.06.2015

Sitzung der Stadtvertretung am 14. Juli 2015

Landesverordnung zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten (Mietpreisverordnung)

Sehr geehrte Frau Oehme,

im Namen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bitten wir Sie, folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung zu setzen:

Landesverordnung zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten (Mietpreisverordnung)

## Beschluss

Die Stadtvertretung Norderstedt beschließt, dass sich die Verwaltung beim Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten <u>für</u> eine Einbeziehung der Stadt Norderstedt in den Geltungsbereich der Mietpreisverordnung ausspricht.

## Sachverhalt/Begründung

Zum 1. Juni 2015 ist das Mietrechtsnovellierungsgesetz ("Mietpreisbremse") in Kraft getreten. Es ermächtigt die Landesregierungen, für die Dauer von maximal fünf Jahren Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen, in denen bei Abschluss neuer Mietverträge die vereinbarte Miete höchstens 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf und somit unverhältnismäßige Mietpreissprünge bei Wiedervermietung verhindert werden sollen.

Darüber hinaus ist seit Juli 2014 das bundesweite *Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen* unter Leitung der Bundesministerin, Frau Barbara Hendricks, aktiv. Ziel des Bündnisses ist es, den steigenden Wohnraumbedarf in bestimmten Regionen zu decken und gleichzeitig soziale, demografische und energetische Anforderungen zu berücksichtigen. Eine Baukostensenkungs-Kommission soll als zentraler Baustein dafür sorgen, dass dies mit angemessenen Kosten erreicht wird. Auch in Norderstedt sind erste Handlungskonzepte entstanden und teilweise schon umgesetzt.

Alle Maßnahmen, die der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dienen, sollten im Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Dabei muss auch eine Deckelung überhöhter Mieten bei Neuvermietung einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen.

SPD Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE

Fraktion DE LINKE.

Thomas Jäger

**Detley Grube** 

Miro Berbig